



## Europäische Kommission - Rede [Es gilt das gesprochene Wort]



### **Ansprache von Präsidentin von der Leyen anlässlich der Verleihung des Hamburger Bürgerpreises**

Hamburg, 25. Januar 2024

Sehr geehrter Herr Thering,

Herr Dr. Ploß,

Herr Professor Göring,

liebe Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages und der Hamburger Bürgerschaft,

ich begrüße den Vize-Präsidenten André Trepoll,

liebe Vertreterinnen und Vertreter der Kirche, der Kammern, Verbände und Vereine, des diplomatischen Korps,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

lange bevor unsere Europäische Union aus der Taufe gehoben wurde, haben Hamburgerinnen und Hamburger schon europäische Werte gelebt. Die Luft der Demokratie geatmet. Die Geschicke ihrer Stadt mitbestimmt. Und selbstbewusst Verantwortung übernommen für das Gemeinwesen. Wir sehen es bei Stephan Reimers, der sich immer für die Schwächsten und Hilfebedürftigsten unter uns stark gemacht hat. Wir sehen es bei Angela Bulut, die dafür sorgt, dass auch die Bedürftigsten Essen auf dem Tisch haben. Und wir sehen es bei Frau Lahnstein-Kandel, die sich für Verständigung zwischen den Religionen einsetzt und den Schutz des jüdischen Lebens.

Lieber Herr Reimers,

liebe Frau Bulut,

liebe Frau Lahnstein-Kandel,

ich danke Ihnen nochmal von Herzen. Sie sind eine Inspiration für uns alle.

Wir stehen am Anfang eines ganz entscheidenden Jahres. Es ist das größte Wahljahr der Geschichte. Mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, über 4 Milliarden Menschen, werden zu den Urnen gehen. Nicht nur in Europa, auch in Indien, Indonesien, Südafrika stehen Wahlen an. Und in den USA. In vielen anderen Ländern, ob groß oder klein, stimmen die Menschen über ihre Zukunft ab.

Natürlich sorgen wir uns schon seit Jahren um Trends, die unsere offenen demokratischen Gesellschaften unter Druck setzen. Aber ich glaube, dass wir jetzt einen Punkt erreicht haben, an dem wir mehr tun müssen, als alle vier oder fünf Jahre zur Wahlurne zu schreiten. Die Zeiten sind so, dass wir wieder im Alltag für unsere Demokratie und unsere Werte aufstehen müssen. Um das zu unterstreichen, möchte ich Ihnen drei Daten nennen. Der 24. Februar 2022, der 7. Oktober 2023 und der 25. November 2023. Am 24. Februar 2022 ließ Putin seine Panzer über die Grenze zur Ukraine rollen. Am 7. Oktober, haben Hamas-Terroristen israelische Dörfer überfallen und den schlimmsten Massenmord an Jüdinnen und Juden seit der Shoa verübt. Männer, Frauen, Kinder abgeschlachtet, nur weil sie Juden sind. Und auf unseren Straßen entlud sich offener Judenhass. Und vor wenigen Tagen haben wir aus der Presse erfahren, dass sich am 25. November Politiker und Aktivisten der extremen Rechten in einer Villa in Potsdam getroffen haben. Sie haben dort Pläne zur Vertreibung von Millionen Menschen aus Deutschland und Europa besprochen. Die Symbolik hat aufgeschreckt und am Wochenende sind in Deutschland Hunderttausende dagegen auf die Straße gegangen.

Offenbar hat sich in den letzten Jahren schleichend etwas verändert. Etwas, das im Rückblick vielleicht in einigen Jahrzehnten als tiefe kulturelle und politische Veränderung wahrgenommen werden wird. Und wir, die wir mittendrin stecken, haben das bislang noch nicht so richtig zur Kenntnis genommen. Alle drei genannten Ereignisse sind bestürzende Tabubrüche. Die wenigsten von uns hätten sie für möglich gehalten. Bis sie dann doch geschahen.

Jahrzehnte durften wir in Europa darauf vertrauen, dass die Grenzen souveräner Staaten und das internationale Recht etwas gelten. Wir waren auch zuversichtlich, dass wir todbringende Gewalt

dieser Dimension gegen jüdisches Leben, nie wieder erleben würden. Und die meisten von uns hielten ebenso für ausgeschlossen, dass hier in unserer Mitte ernsthaft wieder Pläne geschmiedet werden könnten, Minderheiten – und wir sprechen hier von Menschen mit deutschem Pass – pauschal das Bleiberecht abzuspochen. Nur, weil sie einen anderen kulturellen oder religiösen Hintergrund haben.

Was ist da bloß ins Rutschen gekommen? Was können wir dagegen tun? Natürlich richtet sich diese Frage zuallererst an die Politik. Zunächst gilt es, Position zu beziehen, und zwar klar, unmissverständlich und wirksam. Putin ist ein Aggressor und verantwortlich für Kriegsverbrechen. Sein strategisches Ziel war, Kyiv innerhalb von Tagen einzunehmen und Europa durch seine Gasabhängigkeit in Schach zu halten. In diesem Punkt ist er an dem Mut und der Widerstandskraft der Ukrainer und der Geschlossenheit Europas und seiner Partner gescheitert. Er muss weiterhin scheitern, damit wir in Europa weiterhin sicher leben können und damit die Ukraine ihre Zukunft in Europa hat. Die Hamas ist eine Terrororganisation. Wir stehen zum Schutz jüdischen Lebens auf unseren Straßen und zum Existenzrecht Israels. Und das gilt völlig unabhängig von der Pflicht, ziviles Leben zu schonen. Was über die rechtsextremen Umtriebe in der Villa in Potsdam bekannt wurde, ist unerträglich. Die Haltung dahinter ist zynisch und menschenverachtend. Und dann forderte Anfang der Woche die AfD-Fraktionsvorsitzende auch noch, dass Deutschland aus der Europäischen Union austreten soll. Aus dem Europa, das uns 70 Jahre Frieden, Freiheit und Wohlstand gebracht hat. Sie will zurück in eine Vergangenheit, die es so nie gegeben hat. Wie geschichtsvergessen und zukunftsblind kann man sein?

Debatten über den richtigen Kurs gehören in einer Demokratie dazu. Und sicher, unser Europa ist nicht perfekt. Wenn 27 Staaten und 450 Millionen Menschen zusammenwirken, gibt es immer Dinge, die nicht funktionieren, an denen wir arbeiten müssen. Aber das darf doch nicht den Blick darauf verstellen, was unser Europa leistet. Unsere EU ist eine der wohlhabendsten und sozial fortschrittlichsten Regionen der Welt. Niemand hat mehr Handelsabkommen mit anderen Wirtschaftsregionen. Und kein Mitgliedstaat profitiert mehr vom EU-Binnenmarkt als Deutschland. Wir müssen denen mit Bestimmtheit entgegentreten, die auf Wut, Hass und die Erosion unseres Gemeinwesens setzen. Auf nationaler wie auf europäischer und internationaler Ebene. Putin und die Spalter in unseren Gesellschaften haben eines gemein: Ihnen ist die Demokratie im Weg. Und sie tragen nichts dazu bei, die realen Herausforderungen unserer Zeit zu lösen – Digitalisierung, Klimawandel, Wettbewerbsfähigkeit, Demografie, Migration. Im Gegenteil, Putin nutzt ‚Soft Spots‘ aus, um unsere Demokratien gezielt zu schwächen. Im vergangenen Winter hat er erst systematisch die Erdgaslager leer gefahren und dann die Energiezufuhr nach Europa gekappt. Die Preise haben sich verzehnfacht. Heute sind sie wieder auf Vorkriegsniveau. Legendär sind Putins staatliche Troll-Fabriken und seine Cyberangriffe auf demokratische Wahlen und Institutionen wie den Bundestag. Weil er weiß, dass das bei uns Ängste schürt.

Unsere Aufgabe ist es einerseits, den Agenten der Angst mit Fakten zu widersprechen. Und andererseits müssen wir die Stimmungen aufnehmen. Das Tempo der Digitalisierung, die Erderwärmung und die Globalisierung fordern die Menschen. Deswegen müssen wir jeden Tag zeigen, dass unsere soziale Marktwirtschaft ihnen hilft, mit dem Veränderungsdruck umzugehen. Und dass die Demokratie die besseren Antworten liefert. Das können wir auch. Denken wir nur an die Pandemie. Fackelzüge, Schlagbäume und Aluhüte helfen nicht gegen Viren. Wir haben einen Kontinent mit 450 Millionen Menschen erfolgreich durch die schwere Zeit geführt. Ich finde, wir können in der Rückschau stolz sein, dass wir die kleinen wie die großen Mitgliedstaaten mitgenommen haben; dass unser Binnenmarkt intakt geblieben ist; und dass wir als einziger großer Produktionsstandort offengeblieben sind, was Impfstoffe für den Rest der Welt angeht.

Zweitens: Es ist ein großer Schritt nach vorne, dass wir jetzt auf europäischer Ebene – nach zehn Jahren Verhandlungen – bessere Regeln für Migration und Asylverfahren bekommen. Damit das sehr klar ist: Wir haben unsere internationalen Verpflichtungen immer eingehalten. In der Vergangenheit. Wir tun das heute. Und wir werden das auch in Zukunft tun. Aber wir Europäerinnen und Europäer entscheiden, wer zu uns kommt und unter welchen Bedingungen, und nicht die Schleuser und Schlepper und schon gar nicht die Autokraten.

Und zugleich, das wissen Sie alle hier gut, brauchen wir mehr legale, sichere Wege nach Europa. Das Signal muss sein, wer ein Diplom in der Tasche und Aussicht auf einen Arbeitsplatz hat, der soll nicht sein Erspartes und schon gar nicht sein Leben Kriminellen anvertrauen müssen. Ich weiß, dass viele von Ihnen händeringend qualifizierte Arbeitskräfte suchen. Sie könnten mehr Aufträge annehmen. Sie könnten das Geschäft ausbauen. Was in den USA oder Kanada mit legaler Migration gelingt, muss auch hier zu Wachstum und Wohlstand aller beitragen können.

Drittes Beispiel: Wir haben die Energiekrise bewältigt. Wir haben uns von russischem Öl, Kohle und Pipeline-Gas unabhängig gemacht. Im vergangenen Jahr haben wir zum ersten Mal mehr Elektrizität aus Wind und Sonne produziert als aus Gas. Diese erneuerbaren Energien sind nicht nur gut für das

Klima, sie sind auch gut für unsere Unabhängigkeit. Auch im großen Bild geht der globale Trend weg von den alten, schmutzigen Technologien hin zu sauberen Verfahren und Produkten. Die USA investieren kräftig und gezielt über den ‚Inflation Reduction Act‘ in saubere Technologien. China subventioniert massiv Elektroautos. Die Golfstaaten, die ja auf unendlich viel Öl und Gas sitzen, konzentrieren sich auf sauberen Wasserstoff. Warum? Sie sagen mir, dass sie heute das Energiegeschäft dominieren, und das wollen sie auch morgen. Und deshalb investieren sie in sauberen Wasserstoff.

Europa führt bei Patenten für sauberen Wasserstoff. Wir ziehen inzwischen mehr Investitionen in sauberen Wasserstoff an als die USA und China zusammen. Europa führt bei der Offshore-Windkraft. Und Europa führt bei intelligenten Stromnetzen, die die ganze Welt für die Umstellung auf saubere Energie braucht. Hier im Norden weht der Wind, hier ist energieintensive Industrie zuhause und hier ist bald auch die Infrastruktur, um Wasserstoff aus aller Welt anzulanden. Wir tun auf EU-Ebene alles dafür, dass Europa auf diesem jungen Wachstumsmarkt die Nummer eins bleibt.

Meine Damen, meine Herren,

dass unsere Welt getrieben ist von ökonomischen Interessen, Innovation und funktionierenden Märkten, muss ich Ihnen in Hamburg nicht sagen. Deswegen hat die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen einen so hohen Stellenwert. Aber das ist nicht alles. Ich bin überzeugter denn je, dass die Demokratie selbst unser größter Standortvorteil ist. Politik muss führen und klare Kurssignale geben. Aber nur mit der Investitionskraft unserer Wirtschaft, der Innovation unserer Mittelständler werden wir die Erderwärmung eindämmen. Nur mit klaren Regeln werden wir die künstliche Intelligenz so gestalten, dass sie den Menschen nützt, und nicht umgekehrt. Die Politik muss den Rahmen setzen, aber es sind die Menschen, die die Demokratie mit Leben füllen. Ihr Einsatz ist das Rückgrat unserer Demokratie. Und ich habe mit Freude gesehen, wie viele Menschen hier in Hamburg am vergangenen Wochenende auf der Straße waren; für unsere demokratischen Werte; dass auch viele Unternehmen Flagge zeigen. Bürgerinnen und Bürger, die sich ihrer Rechte bewusst sind, aber auch ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen.

Wenn im Juni Menschen in 27 Mitgliedstaaten zur Europawahl gehen, ist das ein Moment, in dem wir das demokratische Fundament unserer Union erneuern, in dem wir uns wieder darauf besinnen, was uns wirklich wichtig ist. Geschäfte machen kann man überall auf der Welt. Aber wo wollen Menschen sich niederlassen und ihre Kinder großziehen? Da wo die Straßen sicher sind. Wo sie Perspektiven haben. Wo alle Zugang zu guter Bildung und Kultur haben – unabhängig vom Geldbeutel. Wo dauerhafter Frieden herrscht. Wo alle Menschen Zugang zum Gesundheitswesen haben. Wo sie sich frei bewegen können, studieren, arbeiten, über Grenzen hinweg, die es nicht mehr gibt. Wo sie sich etwas aufbauen können, das Ihres bleibt. Wo das Recht gewinnt und nicht staatliche Willkür. Dafür steht der Bürgerpreis. Und dafür steht auch die Europäische Union. Und es lohnt sich, mit aller Kraft für diese Werte einzustehen.

Machen wir Europa gemeinsam stark.

Ich danke Ihnen.

SPEECH/24/426

Kontakt für die Medien:

[Eric MAMER](#) (+32 2 299 40 73)

[Arianna PODESTA](#) (+32 2 298 70 24)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)